



# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Frohe Weihnachten

Die SVP dankt Ihnen für den Einsatz und wünscht Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Weihnachtsfest und viel Erfolg im neuen Jahr!

## Abzockerinitiative 6

Volksinitiative oder Gegenentwurf – zwei Chancen!



## Familienpolitik 11

Kinderbetreuung ist nicht Staatsaufgabe



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

# Es geht um die Zukunft der Schweiz

Am rundum gelungenen Gedenk Anlass 20 Jahre EWR/EU-Nein in Biel ging es um die Zukunft der Schweiz mit der EU. Die rund 4000 Besucher kamen, um zu bezeugen, dass sie den von der Classe politique und vom Bundesrat angestrebten EWR/EU-Beitritt auch künftig ablehnen.



*Nicht nur vor 20 Jahren, auch heute noch vermag die Debatte um die Eigenständigkeit der Schweiz in Europa viele Leute zu mobilisieren.*



# Die SVP geht voran!

Der Bundesrat lehnt die SVP-Volksinitiative „gegen die Masseneinwanderung“ ohne Gegenvorschlag ab. Noch schlimmer. Er bremst die Zuwanderung in keiner Art und Weise, verabschiedet dafür im Gegenzug ein Verhandlungsmandat für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, ohne jedoch wirkungsvolle Begrenzungsmaßnahmen vorzusehen.

In den letzten zehn Jahren sind über 650'000 Personen neu in die Schweiz gekommen. Die Schweiz bewegt sich rasant auf eine Einwohnerzahl von über 10 Millionen zu. Diese Bevölkerungsentwicklung ist nicht irgendeine Fantasiezahl, sondern entspricht einem realistischen Szenario des Bundesamtes für Statistik, welches für das Jahr 2035 von über 10 Millionen Einwohnern ausgeht.

Unsere Strassen und Schienen, die Raumplanung in den Dörfern und Städten, die Energieversorgung, aber auch unser Bildungssystem und Gesundheitswesen sind nicht darauf ausgerichtet. Die diesbezüglichen Probleme werden immer offensichtlicher. Ein zunehmender Lohndruck und eine höhere Erwerbslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz zeigen ebenfalls problematische Entwicklungen auf. Diese können sich bei einer möglichen Verschlechterung der Wirtschaftslage noch wesentlich verschärfen.

Studien zeigen zudem, dass die Personenfreizügigkeit nicht messbar zum Wirtschaftswachstum und zur Produktivität beigetragen hat. Dies entgegen den schönfärberischen Behauptungen des Bundesrates. Ebenso unverständlich und

verantwortungslos ist es, immer wieder auf kurzfristig positive Effekte der Personenfreizügigkeit auf unsere Sozialwerke wie beispielsweise die AHV oder die Arbeitslosenversicherung hinzuweisen. Dies kommt der Propagierung eines grob fahrlässigen Schneeballprinzips gleich.

Damit ist klar, der Bundesrat verweigert sich der Diskussion rund um die gravierenden Probleme mit der Zuwanderung. Es ist eigentlich erschreckend, dass die Befürworter der grenzenlosen Personenfreizügigkeit keinerlei Antworten und Konzepte in Bezug auf die zunehmenden Nachteile und die realen Sorgen der Bevölkerung haben. Die Aktivität dieser Kreise beschränkt sich auf eine laufende Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen über neue Regulierungen unter dem Schlagwort der „flankierenden Massnahmen“. Ein gewichtiger Standortvorteil der Schweiz wird damit aufgegeben.

Bald haben alle Personen aus den 27 EU-Ländern die Möglichkeit, praktisch ungehindert in unser Land und damit in unsere Sozialversicherungen einzuwandern.

Eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ohne wirkungsvolle Begrenzungsmöglichkeit kommt für die SVP nicht in Frage. Die SVP hat mit ihrer

Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ als einzige Partei einen konkreten Vorschlag gemacht, den wir konsequent vertreten werden. Dabei zählen wir auf Ihre Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und danach einen guten Rutsch ins neue Jahr 2013.

Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz

## Neujahrsveranstaltung

Mittwoch, 2. Januar 2013, 10.45 Uhr

in der Markthalle Toggenburg in Wattwil/SG

Ansprache von **Christoph Blocher**  
Nationalrat und alt Bundesrat

### Würdigung grosser Toggenburger-Persönlichkeiten



**Huldrych Zwingli**  
(1484-1531)  
«Alle Menschen sind geschaffen zu hohem Tuon, nit alle zuo hohem Wüssen»



**Ulrich Bräker**  
(1735-1798)  
«Der arme Mann im Tockenburg»



**Babeli Giezendanner**  
(1831-1905)  
«Die Toggenburger Sonn-Malerin»

### und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz

Originale von Bildern Babeli Giezendanners werden am Anlass ausgestellt. Eintritt frei, Imbiss nach der Veranstaltung offeriert.

Parkplätze vor Ort vorhanden.

Vom Bahnhof Wattwil in 8 Minuten zu Fuss erreichbar.

Es laden ein: SVP Wattwil, SVP Toggenburg, SVP des Kantons St. Gallen  
[www.blocher.ch](http://www.blocher.ch)



# Ueli Maurer ist Bundespräsident

Am 5. Dezember wurde Bundesrat Ueli Maurer mit 148 Stimmen zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Bei seiner Rede am Fraktionssessen der SVP vor 200 Gästen stellte Ueli Maurer klar, dass sein Amtsjahr unter dem Motto der Bescheidenheit stehen soll. Auslandsreisen werde er nur unternehmen, wenn sie im Interesse der Schweiz sind.

*Bildlegenden: (1) Ueli Maurer sprach in seiner Rede von Werten, Wurzeln und Weitsicht. (2) 200 sichtlich gut gelaunte Gäste wohnten dem Fraktionssessen bei. (3) Durch das Programm führte der abtretende Nationalrat Peter Spuhler. (4) Von Fraktionspräsident Adrian Amstutz erhielt Ueli Maurer eine Armbrust geschenkt, welche an die Wehrhaftigkeit von Wilhelm Tell erinnert. (5) Auch die musikalische Unterhaltung trug zur guten Ambiance bei.*



## 4 EWR/EU-Beitritt: Nein

# Der Weg der Schweiz in die Z

Anlässlich des Gedenkanlasses 20 Jahre EWR-Nein strömten rund 4000 Besucher nach Biel. Am 6. Dezember 1992 sprachen sich das Schweizer Volk und die Stände gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und damit gegen den Beitritt zur Europäischen Union (EU) aus. Und dies bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,7%. Ein eindrückliches Bekenntnis für die Eigenständigkeit der Schweiz. Bei den spannenden Referaten von Soziologieprofessor Uli Windisch, Grossrätin Lara Filippini und Nationalrat Christoph Blocher wurde den Zuhörern klar, dass der Kampf um einen EU-Beitritt noch lange nicht zu Ende ist. Im Gegenteil, er ist präsenter als viele von uns denken.



*Vor den Augen der Medienschaffenden gehen die Treichler vor der eindrücklichen Menschenkulisse in Position.*



*Angeführt von Wilhelm Tell marschieren die Treichler „1. August-Treichler Vorderthal“, zum Gedenkplatz.*

*Uli Windisch, Soziologieprofessor aus Genf, verdeutlichte in seinem Referat, wie wichtig es ist, auch Nein sagen zu können.*



„JA zu Verhandlungen, welche unsere Interessen und Eigenheiten respektieren, NEIN zum automatischen Nachvollzug und der bedingungslosen Unterwerfung.“

Einige Eigenheiten unseres politischen Systems stehen im totalen Widerspruch zu dem was die EU geworden ist, nämlich zentralistisch, autoritär, das Volk nicht mit einbeziehend und oft undemokratisch.

Unser Hauptmerkmal ist natürlich die direkte Demokratie. Unter keinen Umständen sollten wir auf dieses direktdemokratische System, welches auf der Volksinitiative und dem Referendum aufbaut, verzichten. Unsere Volksrechte sind heilig. Aber auch in dieser Hinsicht kommt die Gefahr nicht nur aus dem Ausland. Unsere Behörden suchen immer mehr nach Möglichkeiten, Initiativen für ungültig zu erklären, weil diese nicht mit internationalem Recht oder den Menschenrechten vereinbar wären. Dies ist inakzeptabel.“

*- Uli Windisch, Soziologieprofessor, Genf (GE)*

# ukunft

„Neben der steigenden Arbeitslosigkeit, weil wir keinen Inländervorrang mehr kennen und das lokale Gewerbe unter der italienischen Billigkonkurrenz leidet, sind wir auch mit einem massiven Anstieg der Kriminalität konfrontiert. Die Zahlen lassen diesbezüglich keine Zweifel offen. Und wenn der EU-Botschafter uns einschüchtern will und vom Ende des bilateralen Weges spricht, so sage ich: „Nur zu!“. Ja, ich gebe ihm sogar Recht, der bilaterale Weg, so wie er zurzeit ausgestaltet ist, ist falsch. Man müsste sich tatsächlich an den runden Tisch setzen und Punkt für Punkt durchgehen und bei Bedarf neu verhandeln. Es ist an der Zeit, endlich damit aufzuhören, nur zu geben, ohne je etwas zurückzuerhalten.“

- Grossrätin Lara Filippini, Bironico (TI)

**Grossrätin Lara Filippini sprach über die Probleme der Personenfreizügigkeit im Kanton Tessin. Sie vertrat auch die junge Generation in Biel.**



**Zusammen mit den 4000 Besuchern singen Christoph und Silvia Blocher das Beresinalied. Es erinnert an die vielen gefallenen Schweizer, welche unter der Fremdmacht Frankreich am Russlandfeldzug teilnahmen.**

„So verlangt die EU von der Schweiz, dass sie sich in Zukunft bei jedem bilateralen Vertrag verpflichtet, nicht nur das bestehende, sondern auch das künftige EU-Recht und die europäische Rechtsprechung zu übernehmen. Hüben und drüben säuselt man von „institutionellen Bindungen“ und von „Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit“. Also: man verlangt nichts anderes als wieder einen EWR, den das Volk ausdrücklich abgelehnt hat. Wieder geht es darum, die Schweiz in die EU zu integrieren. Und was tut unsere Regierung dagegen? Wer auf ein entschiedenes und staatsmännisches Nein, Non, No aus Bern gewartet hat, sieht sich getäuscht: Die Regierung knickt wieder ein.“

- Nationalrat Christoph Blocher, Vizepräsident SVP Schweiz, Herrliberg (ZH)

- Die kompletten Referate können Sie lesen unter: [www.stopp-eu-beitritt.ch](http://www.stopp-eu-beitritt.ch)
- Alle Bilder können Sie sehen unter: [www.svp.ch/bildergalerie](http://www.svp.ch/bildergalerie)



## 6 Abzockerinitiative

# Volksinitiative „gegen die Abzockerinitiative“ – zwei Chancen

Am 3. März 2013 werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger endlich über die Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ abstimmen können. Ihr gegenüber steht ein indirekter Gegenentwurf des Parlaments auf Gesetzesstufe, der nicht Gegenstand der Abstimmung ist, aber im Fall einer Ablehnung der Initiative zur Anwendung käme. Die Volksinitiative und der Gegenentwurf gehen grundsätzlich beide in die gleiche Richtung und nehmen ein wichtiges Anliegen auf. Beide wollen den Aktionären - also den Eigentümern - von Unternehmen mehr Werkzeuge in die Hand geben, um Boni- und Lohnexzesse einzudämmen.

**A**bzocker sind Leute, Unternehmen oder Behörden, die sich auf Kosten anderer bereichern und bedienen, ohne dass sich die Betroffenen dagegen wehren können. Abzockerei kommt in der Privatwirtschaft ebenso vor wie in der öffentlichen Hand. So können exorbitante Löhne und Boni ohne mögliche Einflussnahme der Aktionäre eine Form der Abzockerei sein, aber auch überrissene Steuern, Gebühren oder Bussen zur Finanzierung staatlicher Begehrlichkeiten. Bei jedem Unternehmen müsste gelten, dass der Unternehmer bzw. die Eigentümer die Entschädigungen der Mitarbeiter genehmigen können. Leider gilt dies bei den börsenkotierten Unternehmen heute nicht in genügendem Mass. Das führt dazu, dass sich leitende Manager teilweise mit exorbitanten Entschädigungen und Boni bedienen können.

### Eidgenössische Volksinitiative „gegen die Abzockerei“

Der Unternehmer und heutige Ständerat Thomas Minder wollte mit seiner Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ dieser unhaltbaren Entwicklung zu Recht entgegenwirken. Am 26. Februar

2008 wurde die Initiative eingereicht. Am 3. März 2013 wird die Vorlage nun Volk und Ständen endlich zur Abstimmung vorgelegt. Dies nach einem langen Ringen des Parlaments, das neben der Initiative sowohl einen direkten als auch einen indirekten Gegenentwurf diskutierte. Dieser setzte sich schliesslich durch.

Am 3. März 2013 werden Volk und Stände nur über die Volksinitiative zu befinden haben. Der indirekte Gegenentwurf des Parlaments liegt - bis nach der Abstimmung über die Volksinitiative - „auf Eis“. Würde die Volksinitiative angenommen müsste erneut das Parlament tätig werden und eine Umsetzungsgesetzgebung ausarbeiten.

Dass dies längere Zeit in Anspruch nehmen kann, wissen wir aus eigener schmerzlicher Erfahrung mit unserer Ausschaffungsinitiative. Würde die Volksinitiative hingegen abgelehnt, würde der vom Parlament erarbeitete indirekte Gegenentwurf dem fakulta-

tiven Referendum unterstellt. Dass das Referendum ergriffen würde, ist so gut wie ausgeschlossen. Der indirekte Gegenentwurf würde somit voraussichtlich bereits Ende 2013 in Kraft gesetzt.

### Unterschiede zwischen der Volksinitiative und dem indirekten Gegenentwurf

Die Unterschiede zwischen der Volksinitiative und dem indirekten Gegenentwurf sind überschaubar. Beide zielen in die gleiche Richtung. Sie wollen

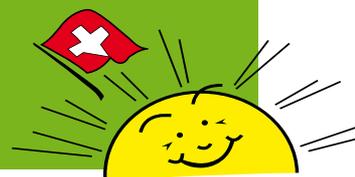
*„Zentral ist, dass nun so oder so endlich etwas gegen die Auswüchse im Bereich der Boni und Bezüge unternommen werden kann. Sowohl die Initiative als auch der indirekte Gegenentwurf ermöglichen dies. Der Gegenentwurf aber deutlich schneller.“*

die Rechte der Aktionäre insofern stärken, als diese über die Vergütungen des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates jährlich befinden können. Weiter sollen Organmitglieder weder Vergütungen im Voraus, noch Abgangsschadensersatz erhalten, noch

*Die Delegierten der SVP Schweiz werden am 26. Januar 2013 die Parole fassen.*

**Mehr Informationen:**

**[www.abzockerei.ch](http://www.abzockerei.ch) und [www.minder-nein.ch](http://www.minder-nein.ch)**



# „Abzockerei“ oder n!

sollen diesen Prämien für Firmenkäufe und Firmenverkäufe ausgerichtet werden. Ferner soll die Generalversammlung die Mitglieder des Verwaltungsrates einzeln wählen, sowie den Verwaltungsratspräsidenten und die unabhängige Stimmrechtsvertretung; Organ- und Depotstimmrechtsvertretung sollen untersagt werden. Die Aktionäre sollen elektronisch fernabstimmen können, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist. Die Höhe der Renten, Kredite und Darlehen an Organmitglieder soll in den Statuten festgelegt werden. Schliesslich sollen die Pensionskassen offenlegen, wie sie gestimmt haben.

Der massgebliche Unterschied zwischen der Volksinitiative und dem indirekten Gegenentwurf ist, dass die Aktionäre beim indirekten Gegenentwurf in den Statuten teilweise eine andere Regelung festlegen können, wenn sie dies für ihr eigenes Unternehmen als richtig erachten. Von Bedeutung ist weiter, dass die Volksinitiative Strafbestimmungen vorsieht. Würden somit die neuen aktienrechtlichen Bestimmungen verletzt, wäre eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren möglich, bzw. eine Geldstrafe von bis zu sechs Jahresvergütungen.

## Die Delegierten entscheiden

Die Stärkung der Aktionärsrechte entspricht den Grundsätzen der SVP. Die Eigentümer sollen das Sagen in ihrem Unternehmen haben. Sie stehen ja schliesslich auch mit ihrem eigenen Geld im Risiko. Dies soll auch für börsenkontierte Unternehmen gelten. Die Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ geniesst aufgrund exzessiver Boni und Vergütungen verständlicherweise in breiten Bevölkerungsschichten grosse Sympathien. Parteileitung und Fraktion haben

sich deshalb gemeinsam mit dem Initiativkomitee dafür eingesetzt, dass im Rahmen der Revision des Aktienrechts die Kernanliegen der Initiative auf Gesetzesstufe - wo sie sinnvollerweise angesiedelt sein sollten - integriert werden. Im Rahmen der sogenannten „Einigungslösung“ hat man sich auf eine gemeinsam getragene Umsetzung verständigt. Teile dieser Einigungslösung konnten in den indirekten Gegenentwurf eingebracht werden. Andere fanden keine Mehrheit. Das Resultat des parlamentarischen Prozesses ist also ein Kompromiss. Zugegebenermassen konnte die SVP trotz grosser Anstrengungen nicht alle

Ziele, welche man gemeinsam mit den Initianten formulierte, erreichen. Dem steht gegenüber, dass nun eine rasch umsetzbare Lösung auf Gesetzesstufe vorliegt, welche die Hauptzielsetzungen der Initiative, die Bekämpfung der „Abzockerei“, auf der richtigen Stufe aufnimmt. Für die Delegierten der SVP geht es somit Ende Januar 2013 um die klassische Fragestellung: Wollen wir die Taube auf dem Dach, oder rasch den sicheren Spatz in der Hand? Zentral ist, dass nun so oder so endlich etwas gegen die Auswüchse im Bereich der Boni und Bezüge unternommen werden kann. Sowohl die Initiative als auch der indirekte Gegenentwurf ermöglichen dies, der Gegenentwurf aber deutlich schneller.  
*von Nationalrat Adrian Amstutz,  
Fraktionspräsident,  
Sigriswil (BE)*



# Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei

**NEIN zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei»,  
damit der Gegenvorschlag gegen die Abzockerei sofort in Kraft treten kann.**

Folgende SVP-Unternehmer haben ein Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei gegründet und suchen nach weiteren Unternehmern, die bereit sind, sich zugunsten der schnellen Umsetzung des Gegenvorschlags gegen die Abzockerei einzusetzen:

**CASPAR BAADER**, Nationalrat, Gelterkinden (BL) • **CHRISTOPH BLOCHER**, Nationalrat, Herrliberg (ZH) • **SYLVIA FLÜCKIGER**, Nationalrätin, Schöftland (AG) • **SEBASTIAN FREHNER**, Nationalrat, Basel (BS) • **PETER FÖHN**, Ständerat, Muotathal (SZ) • **ULRICH GIEZENDANNER**, Nationalrat, Rothrist (AG) • **HANS KAUFMANN**, Nationalrat, Wettswil (ZH) • **YVES NIDEGGER**, Nationalrat, Genf (GE) • **HANSJÖRG WALTER**, Nationalrat, Wängi (TG) • **JEAN-FRANÇOIS RIME**, Nationalrat, Bulle (FR) • **PETER SPUHLER**, Nationalrat, Weiningen (TG) • **GREGOR RUTZ**, Nationalrat, Küsnacht (ZH) • **THIS JENNY**, Ständerat, Netstal (GL)



**Ja, ich trete dem Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei bei.**

Name / Vorname: .....

Strasse: .....

PLZ / Ort / Kanton: .....

E-Mail: .....

Natel: .....

Funktion Unternehmen: .....

Bemerkungen: .....

Datum / Unterschrift: .....

Bitte baldmöglichst retournieren an:

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei  
Postfach 8252  
3001 Bern

Tel. 031 300 58 58  
Fax 031 300 58 59  
info@svp.ch

# Auszüge aus der Wintersession

Die Wintersession 2012 fand vom 26. November bis 14. Dezember 2012 statt. Leider lagen bei Redaktionsschluss noch nicht alle Resultate vor, weshalb wir hier lediglich einen Auszug präsentieren können.

Einmal mehr haben uns die Mitteparteien bei wichtigen Geschäften allein gelassen. Dennoch ist es uns bei einigen zentralen Fragen gelungen, eine Mehrheit zu erhalten und unsere Forderungen umzusetzen.

## Das hat die SVP erreicht:

### Wehrpflicht

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative der GSoA „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ klar zur Ablehnung. Die allgemeine Wehrpflicht ist in der Schweiz staatspolitisch fest verankert. Das gesamte politische System lebt von der Vorstellung, dass Rechte auch mit Pflichten verbunden sind. Die Kombination von Wehrpflicht und Milizsystem ist für die Schweiz das effizienteste und wirksamste Armeemodell.



### Richterstaat durch Verfassungsgerichtsbarkeit ist vorderhand vom Tisch

Der Nationalrat hat in der Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit endlich auch eingelenkt und sich, wie der Ständerat bereits zuvor, im Sinne der SVP gegen die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit ausgesprochen. Damit ist diese Vorlage vom Tisch, womit auch in Zukunft Parlament und Volk über die Auslegung der Verfassung bestimmen.

## Das haben wir den Mitteparteien zu verdanken:

### Geldschwemme des Ständerates für den Schienenverkehr

Entgegen jeglicher finanzpolitischer Logik hat der Ständerat in der Wintersession die Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur um sagenhafte zusätzliche 3 Milliarden Franken auf 6,4 Milliarden Franken aufgestockt. Alimentiert werden soll dieses masslose und unüberlegte Vorhaben durch eine „befristete“ Erhöhung der Mehrwertsteuer bis 2030. Die SVP lehnt dieses finanzielle Abenteuer auf dem Buckel des einfachen Bürgers klar ab.

### Massloses Budget 2013

Der Voranschlag fürs Jahr 2013 geht von Einnahmen im Umfang von 64,5 Milliarden Franken aus, während sich die Ausgaben auf 64,9 Milliarden Franken belaufen. Trotz dieses Defizits von fast einer halben Milliarde Franken spricht die Parlamentsmehrheit von einem exzellenten Budget. Kürzungsanträge der SVP insbesondere im Bereich der Personalkosten und der Entwicklungshilfe, welche zu Einsparungen von 333 Millionen Franken geführt und so das geplante Defizit weitgehend ausgeglichen hätten, wurden von den übrigen Parteien abgelehnt.



XF XJ xK

**NEU MIT 4x4: JAGUAR XF UND XJ.  
BEGEISTERUNG, DIE VOR KEINER  
STRECKE HALT MACHT.**

In den neuen 4x4-Modellen von JAGUAR kennt wahre Fahrfreude keine Grenzen und keine Jahreszeiten mehr: dank intelligentem Allradantrieb und JaguarDrive Control™. Je nach Strassenlage wählen Sie das Fahrprogramm Normal, Dynamic oder Winter – den Rest übernimmt die Technik, die für die optimale Kraftverteilung auf Vorder- und Hinterräder sorgt. So bringt JAGUAR die Leistung des neuen 3.0 Liter V6 Kompressor-Motors mit den Stärken eines Allradantriebs und dem für JAGUAR typischen Fahrgefühl auf die Strasse.

Erleben Sie den neuen XF und XJ mit 4x4-Technologie jetzt auf [www.jaguar-alive.ch](http://www.jaguar-alive.ch) oder ab dem 24. Januar 2013 beim JAGUAR-Fachmann auf einer Probefahrt.



Swiss Deal Prämie:

JAGUAR XF CHF 8'000.-\*, XJ CHF 16'000.-\*

[JAGUAR-ALIVE.CH](http://JAGUAR-ALIVE.CH)



HOW ALIVE ARE YOU?



\* Abgebildete Modelle: JAGUAR XF 3.0-L-V6 S/C AWD, 340 PS, 4-Türer, CHF 73'600.- (Listenpreis: CHF 81'600.- abzüglich Swiss Deal Prämie CHF 8'000.-), Normverbrauch 9.8 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emission 234 g/km, Effizienzklasse G, JAGUAR XJ 3.0-L-V6 S/C AWD, 340 PS, 4-Türer, CHF 112'000.- (Listenpreis CHF 128'000.- abzüglich Swiss Deal Prämie CHF 16'000.-), Normverbrauch 9.8 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emission 234 g/km, Effizienzklasse G (Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz 153 g/km). Swiss Deal: gültig vom 11.1.2012 bis auf Widerruf (Immatrifikationen in der Schweiz) auf den XF- und XJ-Modellen des Modelljahrgangs 2013, ausgenommen 2.2 Diesel und 2.0 Benziner. JAGUAR Free Service: 3 Jahre kostenlose Wartung ohne Kilometerbegrenzung, inklusive Flüssigkeiten.



## Kinderbetreuung ist nicht Staatsaufgabe

Am 3. März 2013 werden wir im Rahmen einer Volksabstimmung über die Einführung eines neuen Verfassungsartikels mit dem Titel „Familienpolitik“ entscheiden. Tatsächlich handelt es sich hier um den Startschuss für die flächendeckende Verstaatlichung der Kinderbetreuung in unserem Land.



von Nationalrätin Nadja Pieren, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Burgdorf (BE)

Wieder einmal gehen Politiker und Behörden davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht fähig oder willens sind, unser Leben selbst zu meistern. Es wird unterstellt, dass Missstände herrschen, die es notwendig machen, mit der grossen Kelle des Staates und via Verfassung einzugreifen.

### Keine Missstände

Doch steht es so schlecht um die Familien? Ganz und gar nicht! Als Gründerin und Leiterin einer privaten Kindertagesstätte kann ich nur sagen, dass die Bereitstellung und Entwicklung von externen Betreuungsangeboten heute gut und bedarfsgerecht funktioniert. Ein Blick in die Kantone und Gemeinden zeigt, dass man dort zusammen mit privaten Unternehmen bereits heute und ohne Verfassungsauftrag, sondern aus dem natürlichen Grund der Nachfrage, aktiv ist und vielfältige, regional- bzw. ortsgerechte Betreuungsangebote schafft. Die Motivation sowie das Engagement in unserer Branche sind hoch und die Konkurrenz untereinander zwingt uns Anbieter, qua-

litativ hochstehende Leistungen zu erbringen, ohne dabei aber die Kosten aus den Augen zu verlieren. Obwohl mir die Kinder und deren Wohl viel näher stehen als ökonomische Theorien, so muss ich dennoch sagen, dass ein möglichst freier Markt zusammen mit Verantwortung, Kreativität und der Liebe zu Kindern die besten Lösungen hervorbringen. Die SVP setzt sich ebenfalls für die Familien ein, indem sie mit ihrer Familieninitiative Eigen- und Fremdbetreuung steuerlich gleichstellen will.

### Unklare Folgen

#### – weitreichende Konsequenzen

Im neuen Verfassungsartikel werden Begriffe wie „Familie“, „Bedürfnisse“ oder „bedarfsgerechtes Angebot“ verwendet, ohne näher zu definieren, was damit gemeint ist. Mit einer derart schwammigen Formulierung wird dem Staat und seinen Behörden ein Freipass gegeben, später selbst zu bestimmen, wer, wann und wie gefördert werden soll. Erinnern Sie sich an die Kinderbetreuungsvorlage des Bundesrates, wo sogar für nächste Verwandte wie Grosseltern Meldepflichten und Kurse für Kinderbetreuung hätten eingeführt werden sollen? Diese missratene Vorlage musste nach massiven Protesten zurückgezogen werden und zeigt uns gleichzeitig, wohin die Reise gehen

wird, wenn wir dem Bund via Verfassung die Allmacht über die Betreuung unserer Kinder geben. In Ländern, wo der Staat die Steuerung der Kinderbetreuung übernommen hat, verschwinden die privaten Angebote und auch das Engagement der Bürger und der Wirtschaft nahezu komplett.

*„In Ländern, wo der Staat die Steuerung der Kinderbetreuung übernommen hat, verschwinden die privaten Angebote und auch das Engagement der Bürger und der Wirtschaft nahezu komplett.“*

### Verantwortungslose Aufblähung des Sozialstaates

Vor kurzem hat der Bundesrat auch die grossen Finanzierungslücken der Altersvorsorge aufs Tapet gebracht. Wir sind es auch unseren Kindern schuldig, zuerst dieses schwerwiegende Problem in einem der wichtigsten Sozialwerke zu lösen, denn sie werden ansonsten dereinst die Zeche zahlen müssen. Es ist unverantwortlich, heute im Bereich der Kinderbetreuung, wo kein Notstand herrscht, einen sozialstaatlichen Milliardenurbo in Richtung sozialistisches Familienmodell zu zünden. **Wir müssen diesen neuen Verfassungsartikel schon unseren Kindern zuliebe unbedingt ablehnen.**

Die Delegierten der SVP Schweiz werden am 26. Januar 2013 die Parole fassen.



# 12 Kanton Bern: Bilanz 2012

## SVP Kanton Bern gut in Form

Die SVP Kanton Bern hat ein erfolgreiches Kommunalwahljahr hinter sich. In rund 150 Gemeinden wurde dieses Jahr gewählt. Die SVP konnte mehrheitlich zulegen. Sorgen bereitete allerdings die Suche nach Kandidierenden. Immer weniger Menschen können und wollen sich für ein Amt engagieren.



von Werner Salzmann, Präsident SVP Kanton Bern, Mülchi (BE)

Die SVP Kanton Bern ist traditionell stark vertreten in den Berner Gemeinden. Diese Stärke konnten wir trotz Konkurrenz der neuen Mitteparteien auch in diesem Kommunalwahljahr unter Beweis stellen. Besonders erfreulich ist, dass die SVP vielerorts auf hohem Niveau noch zulegen konnte.

### In vielen Gemeinden Mehrheit

Die SVP stellte bei den 150 Gemeinderatswahlen ihre traditionelle Stärke in den bernischen Gemeinden unter Beweis. In 50% der Gemeinden legte sie auf hohem Niveau noch zu, in 25% konnte sie ihren Anteil halten und in 25% verlor sie leicht an Terrain. Die SVP eroberte so in etlichen Gemeinden die absolute Mehrheit zurück. Als Beispiele seien hier Aarberg, Heimberg, Kirchberg, Koppigen, Oberburg, Reichenbach und Sigriswil genannt. Nach wie vor ist die SVP auf kommunaler Ebene im Kanton Bern die dominierende Kraft. Im Vergleich zu anderen Parteien weist sie in den Gemeinderäten ein Mehrfaches an Sitzen auf. In einigen Gemeinden ist sie sogar einzige Partei. Die SP hingegen verliert an Bedeutung, jedoch nimmt die Zahl der Sitze der Parteilosen zu.

### Gut unterwegs in den Städten und Agglomerationen

Der SVP Biel gelang es nach kontinuierlichem Aufbau des Kandidaten Beat

Feurer, einen Gemeinderatssitz in der neuen, verkleinerten Exekutive Biels zu erringen. Dies ist ein grosser Erfolg für die Partei. Dies und das Stadtpräsidium in Thun, das seit Kurzem auch in SVP-Händen ist, zeigt, wie sich Personalplanung auszahlen kann. In der Stadt Bern gelang es nicht, den vor 8 Jahren verlorenen

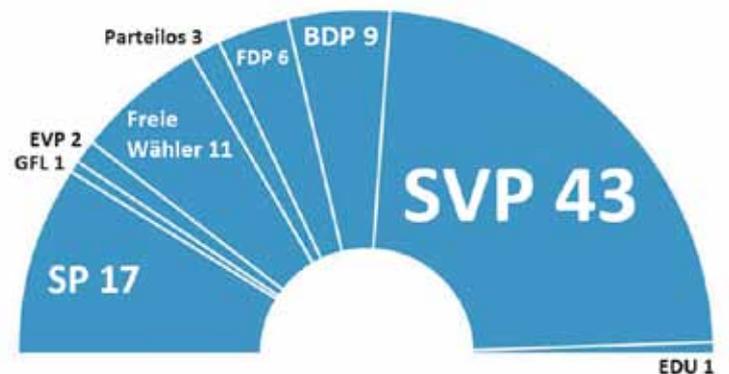
Exekutivsitzen zurück zu holen, obwohl die SVP im Parlament zulegen konnte und neu die stärkste bürgerliche Kraft ist. Die Parteienzersplitterung im Parlament ist typisch für die Städte Biel und Bern.

### Lohnender Kampf ums Gemeindepräsidium

Mit dem Erlangen der Gemeindepräsidien in Aarberg und Zollikofen erreichte die SVP Erfolge, welche in ihrer Deutlichkeit so nicht erwartet worden waren. Der Kampf um das Gemeindepräsidium hat auch die SVP in Ostermundigen beflügelt, welche in den letzten Jahren im Parlament stetig zulegen und trotz Gemeinderatsverkleinerung ihre Sitze halten konnte. Es ist zu vermuten, dass mit einem Präsidiumwahlkampf die Verluste in den betroffenen Gemeinden hätten verhindert oder mindestens gemildert werden können.

### Unterschiedliche Erfolgsrezepte

Die Erfolgsrezepte in den einzelnen Gemeinden sind so unterschiedlich wie die lokalen Gegebenheiten. Bei auf die Gemeindebedürfnisse zuge-



Für diese Erhebung wurden die Wahlergebnisse aus folgenden 13 Gemeinden berücksichtigt: Aeffligen, Burgdorf, Dürrenroth, Hasle, Hindelbank, Kirchberg, Koppigen, Krauchthal, Lyssach, Oberburg, Sumiswald, Wiler, Wynigen. Grafik BZ

*SVP im Emmental klar stärkste Kraft (Erhebung der Berner Zeitung, 28. November 2012)*

schnittenem Engagement konnte die wachsende Konkurrenz aus der Mitte (BDP, glp und Bürgervereinigungen) der SVP kaum etwas anhaben.

### Fazit aus den Kommunalwahlen:

1. Die Stärke der SVP im Kanton Bern ist ungebrochen.
2. Gute Arbeit zahlt sich aus.

### Wichtig für den Erfolg:

- volksnahe politische Arbeit
- kontinuierliche Präsenz während der Legislatur
- sorgfältige Personalplanung
- lokal bekannte Kandidierende
- Wahlkampflokomotiven (Kandidierende für das Gemeindepräsidium)
- massgeschneiderten Wahlkampf führen

## Dem Volk vertrauen – Ja zur Volkswahl des Bundesrates

In sämtlichen Kantonen der Eidgenossenschaft wird die Regierung direkt durch das Volk gewählt. In keinem Kanton will dies heute irgendetwas ändern.



von Nationalrat Christoph Mörgeli,  
Stäfa (ZH)

**D**och auf Bundesebene sind die Bürgerinnen und Bürger an der Wahl ihrer Regierung nicht beteiligt. Damit liegt die wichtigste Wahlkompetenz eines souveränen Volks, die der obersten Landesbehörde, hierzulande nicht beim Souverän. Mit einer Volkswahl des Bundesrates könnte die Demokratie auf Bundesebene ganz entscheidend vervollständigt werden.

### SP kämpfte für „Volkswahl heisst Volkswahl“

Schon 1848 hat die Kommission zur Revision der Bundesverfassung mit lediglich 10 zu 9 Stimmen die Volkswahl abgelehnt. Hätten unsere Vorfahren damals anders entschieden, würden wir heute die Volkswahl als Selbstverständlichkeit beurteilen. Zu gescheiterten Versuchen kam es durch zwei Volksinitiativen nochmals 1900 und 1942. Beide Male dürfte die Volkswahl nicht zuletzt deshalb gescheitert sein, weil man gleichzeitig die Anzahl der Bundesräte auf neun erhöhen wollte. Bei der zweiten Abstimmung prägte übrigens die SP die eingängige Devise „Volkswahl heisst Volkswahl“.

### Sitzgarantien für lateinische Schweiz

In der SVP-Volksinitiative ist die Vertretung der sprachlichen Minderheiten klar geregelt, ganz im Gegensatz zu heute, wo keinerlei verfassungsmässige Garantien bestehen. Der lateinischen Schweiz werden mit der Volkswahl zwei Sitze gesichert; dank dem geometrischen Mittel („Berner Modell“) wählt die Bevölkerung alle sieben Bundesräte in einem einzigen Wahlkreis, wobei die Minderheit ihre Kandidaten verstärkt gewichten und so nicht einfach überstimmt werden kann.

*„Sämtliche Argumente gegen die Volkswahl des Bundesrates zeugen vom Misstrauen gegen das Volk.“*

### Volksnähe stärken

Es wird behauptet, die Macht der Medien würde bei einer Volkswahl des Bundesrates steigen. Dabei ist die Macht der Medien auf die Parlamentarier zweifellos wesentlich grösser als auf die Bevölkerung. Anders könnte man ja die Ablehnung des EWR-Vertrags vor zwanzig Jahren oder die Annahmen der Ausschaffungs-Initiative und der Minarett-Initiative kaum erklären. Wenn die Bundesräte mehr Volksnähe suchen müssen, ist dies kein Nachteil. Vielmehr tut ihnen dies besser, als wenn sie ständig im Ausland weilen oder ununterbrochen um die Gunst der Parlamentarier buhlen müssen.

### Bewährte Volkswahl in den Kantonen

Jedes Argument der Gegner kann mit Hinweis auf das funktionierende Volks-

wahlprinzip der Kantone entkräftet werden. Ich komme aus einem grossen Kanton, wo man die Regierungsratskandidaten kaum persönlich kennt - und dennoch ist die Volkswahl kein Problem. Die städtischen Ballungszentren erhalten nicht mehr Macht; sechs von sieben Regierungsräten stammen aus Dörfern. Die Kollegialität ist im Kanton Zürich nicht gefährdet und es herrscht kein Dauerwahlkampf. Auch sind in den Kantonen weder Populisten noch Demagogen oder Milliardäre gewählt worden, sondern ganz gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger.

### Vertrauen in Urteilskraft

Sämtliche Argumente gegen die Volkswahl des Bundesrates zeugen vom Misstrauen gegen das Volk. Das heutige Parlament hat wahrlich keinen Grund, sich bei der Zusammenstellung des Bundesrates auf die Schultern zu klopfen.

Vielmehr könnte man über die Qualität des heutigen Bundesrates recht lange diskutieren - und erst recht über die Tatsache, dass die SVP als wählerstärkste politische Kraft in der obersten Landesbehörde deutlich untervertreten ist. Höchste Zeit, dass wir für die Volkswahl des Bundesrates kämpfen. Denn wir vertrauen auf das Volk.

**Die Abstimmung findet vielleicht schon am 9. Juni 2013 statt. Liebe SVP-Familie, jetzt gilt es mit Leserbriefen, kontradiktorischen Veranstaltungen und Überzeugungsarbeit im Bekanntenkreis auf eine Zustimmung zur Volkswahl des Bundesrates hinzuarbeiten.**

# 14 Inserate

GOAL GLOSSAR

emotional

**emotional**

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»  
<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

**SVP-Hit**  
**Fr. 60.- pro Pers.**

Gültig vom 7. Dezember 2012 bis 13. April 2013  
Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen

**Wintersaison 2012/13**  
**Wellness + Skiferien**

Übernachtungen mit Frühstücksbüffet  
im Doppelzimmer Standard  
Benützung Wellness, Hallenbad  
Sanua und Aromadampfbad

1 Gutscheine pro Zimmer / egal wieviele Nächte  
ausschneiden - buchen - anreisen - genießen

**ALETSCHARENA**  
Valais Schweiz

**Alpenblick**  
Fam. Holzer, 3984 Fieschertal  
Tel. 027 970 16 60  
info@hotelalpenblick.ch  
www.hotelalpenblick.ch

**STADLER**  
Clevere Lösungen auf der Schiene

## Damit Bahnfahren Spass macht.



**Stadler Rail Group**  
Ernst-Stadler-Strasse 1 | CH-9565 Bussnang, Schweiz | Telefon +41 (0)71 626 21 20 | stadler.rail@stadlerail.com | www.stadlerail.com

### Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare  
Herausgeberin: Stiftung SVP-Pateizeitung  
Erscheinungsweise: 11x/Jahr

Verantwortlich: Kevin Grangier  
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252  
3001 Bern - klartext@svp.ch

Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen - www.ztonline.ch  
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder  
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch

Fotos: Seite 1 - Unten rechts: © Peter Schaub. Mitte links: Parlamentsdienste 3003 Bern. Oben und unten links: © SVP Schweiz. Seite 3 - Alle Bilder: © SVP Schweiz. Seiten 4/5: © Peter Schaub und © Dany Schär. Seite 7: SVP Schweiz. Seite 11: © Nadja Pieren. Seite 12: © Werner Salzmann. Seite 13: Parlamentsdienste 3003 Bern. Seite 15: © SVP Schweiz.

## Ayslmissbrauch: Die Gemeinden sind die Leidtragenden

Am 24. November 2012 fand in Volketswil die Fachtagung der SVP zur Asylpolitik statt. Die Veranstaltung unter dem Titel „Asylpolitik am Ende?“ zeigte in aller Deutlichkeit die grossen Probleme im Asylwesen auf. Referenten aus allen Bereichen berichteten über vorhandene Missstände und Lösungsansätze.

Das Referat von Thomas Müller, Nationalrat und Stadtpräsident von Rorschach, hat die Probleme, mit welchen sich die betroffenen Gemeinden konfrontiert sehen, auf den Punkt gebracht. Hier ein Auszug aus seinem Referat:



*Nationalrat Thomas Müller legte das Augenmerk auf die Rolle von Städten und Gemeinden in der Asylpolitik.*

„Die Städte und Gemeinden sind die letzten im Umzug der Asylproblematik. Sie sind vor Ort betroffen. Die Höhe der zu Lasten der Gemeinde anfallenden Sozialkosten wird massgeblich durch die Lebensauffassung der vorläufig Aufgenommenen und der anerkannten Flüchtlinge bestimmt. In der Regel gute Erfahrungen machen wir mit Leuten aus Sri Lanka und Vietnam. Sie wollen arbeiten. Leute aus anderen Herkunftsländern verhalten sich deutlich anders. Sie denken zum Teil schlicht nicht daran, jemals zu arbeiten. **Sie wissen und nützen aus, dass das soziale Auffangnetz in der Schweiz so gut ausgebaut ist, dass die Gemeinde jederzeit für ihre Lebenskosten aufkommen muss.**

Deshalb meine Forderung als Stadtpräsident an die Bundespolitik: Der Aufenthalt auch von einstmalen anerkannten Flüchtlingen ist zu überprüfen, wenn sich die Lage in ihrem Herkunftsland so verbessert hat, dass sie keinen Schutz vor Verfolgung mehr brauchen. Leute, die dauerhaft Sozialhilfe beziehen, sind auszuweisen.

Rorschach ist zusätzlich vom Durchgangszentrum Landegg betroffen, vor allem von Asylbewerbern aus Nordafrika. Sie kommen täglich nach Rorschach. In der Stadt sind sie ein Ärgernis, weil sie regelmässig Personen belästigen, oft in angetrunkenem Zustand. Weil ihr Verhalten in der Rorschach-Heiden-Bergbahn gegenüber anderen Reisenden und Zugbegleitern zu Problemen führte, führt das Migrationsamt des Kantons St. Gallen seit Oktober 2012 einen Shuttlebus-Betrieb zwischen der Landegg und Rorschach. Kürzlich hat eine Gruppe

von Asylbewerbern in einem Shop gestohlen, was sie konnten. Ein Mann war mit einem Elektroschockgerät bewaffnet. Nach Autoaufbrüchen wurden weggeworfene Gegenstände unterhalb der Landegg gefunden. Die Wut der Bevölkerung ist gross.

Der Rechtsstaat Schweiz hat offensichtlich keine Antwort für Leute, die einfach kommen, das Gastrecht missbrauchen und sich dann selbst auf den Rechtsstaat berufen, wenn sie erwischt werden. Der Rechtsstaat macht sich lächerlich, wenn die Polizei Wiederholungstäter nach wenigen Stunden wieder in die Freiheit entlassen muss. **Für mich nicht nachvollziehbar ist, dass schweizerische Staatsrechtler behaupten, dass die Unterbringung von Asylbewerbern in geschlossenen Zentren bis zum erstinstanzlichen Entscheid menschenrechtswidrig sein soll. Holland macht es so.** Bleibt die Frage, ob sich Holland EMRK-widrig verhält oder unsere Staatsrechtler nicht auf der Höhe des Völkerrechts sind.“



*Neben Nationalrat Thomas Müller haben Asylspezialisten wie die Nationalräte Christoph Blocher und Heinz Brand sowie Mario Gattiker (Chef des Bundesamt für Migration, mit dem Mikrophon) referiert.*



# 13. Nationaler SVP-Jasscup

mit SVP-Bundesrat Ueli Maurer  
und SVP-National- und Ständeräten

**Samstag, 23. Februar 2013**

10.30 – 16.00 Uhr      9.00 Uhr Türöffnung

**im Toggenburg / SG**

Genauer Durchführungsort wird in der Januarausgabe Klartext bekannt gegeben.

## Modus

Schieber mit zugelostem Partner.  
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

## Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

## Preise

Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

## Teilnahmegebühr

Fr. 30.- Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen.

Fr. 25.- Mittagessen

(Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich)

## Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

## Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per Email, per Post oder per Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

## Organisation

SVP des Kantons St. Gallen unter der Leitung von OK-Präsident Toni Brunner und Nationalrat Felix Müri.

Experte: Hans Bachmann, ex-Jass-Schweizermeister.



## Anmeldetalon

Ich melde mich für den 13. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 23. Februar 2013 an:

Französische Karten       Deutschschweizer Karten       Egal

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_ PLZ Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_ E-Mail oder Fax \_\_\_\_\_

Talon einsenden an: SVP Generalsekretariat, Thunstrasse 10, Postfach 8252, 3001 Bern  
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: imobersteg@svp.ch